Protokoll

GR-P072021

Aufgenommen zur Gemeinderatssitzung des Gemeinderates der Gemeinde Brandenburg am 4.10.2021 im Gemeindeamt Brandenburg.

Anwesende:

Bürgermeister Hannes Neuhauser, Bürgermeisterstellvertreter Georg Haaser und die Gemeinderäte Armin Mühlegger, Lengauer Andreas, Ersatzmitglied Thomas Lengauer, Christoph Mühlegger, Gerald Hintner, Christian Rupprechter, Anton Hofer, Johannes Burgstaller, Michael Arzberger, Patrick Ascher, Karl Kofler.
Entschuldigt ist Michael Gwercher.

Beginn: 20.00 Uhr
Ende: 21.45 Uhr

Tagesordnung

1. Bericht von der Gemeindevorstandssitzung 23.9.2021
 - 1.1. Beratung und Beschlussfassung Kindergartentransport Kostenbeitrag der Gemeinde
 - 1.2. Diverses
2. Beratung und Beschlussfassung Entnahme und Zuführung Betriebsmittelrücklage
3. Halbjahresbericht Wohn-/Pflegeheim Brandenburg
4. Beratung und Beschlussfassung Flächenwidmungsplanänderung im Bereich GSt.Nr. 222/1 KG 83103 Brandenburg (Ascher/Ender) Arrondierungsfläche von Freiland in landwirtschaftliches Mischgebiet - Entwurfauflage und Zweitbeschluss
5. Beratung und Beschlussfassung Flächenwidmungsplanänderung im Bereich der GSt.Nrn. 208 und 209/1 KG 83103 Brandenburg (Neuhauser Rupert) von Freiland in Sonderfläche sonstige land- oder forstwirtschaftliche Gebäude und Anlagen § 47 (Hackgut und Materiallager) – Entwurfauflage und Zweitbeschluss
6. Anträge, Anfragen und Allfälliges
7. Personalangelegenheiten

Bürgermeister Hannes Neuhauser begrüßt die Gemeinderäte, den Schriftführer und die Zuhörer.

Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und der Gemeinderat unterschreibt das Sitzungsprotokoll vom 30.8.2021.

1. Bericht von der Gemeindevorstandssitzung 23.9.2021

1.1. Beratung und Beschlussfassung Kindergartentransport

Kostenbeitrag der Gemeinde

1.2. Diverses

Der Gemeindevorstand hat bei der Vorstandssitzung am 23.9.2021 diverse Anfragen einzelner Eltern von Kindergartenkindern zu deren Beförderung zum Kindergarten Brandenburg behandelt und dabei auch über vorgelegte Vergleiche anderer Gemeinden betreffend die Kostenübernahme bzw. keine diesbezügliche Kostenübernahme solcher Transporte beraten.

Mittlerweile ist in der Gemeinde auch ein schriftliches von sieben Eltern von Kindergartenkindern unterzeichnetes Ansuchen um Kostenbeteiligung für einen Kindergartenbus für die Beförderung von acht Kindern aus den Ortsteilen Aschau und Unterberg eingelangt (30.9.2021), über welches der Bürgermeister informiert. Diese betreffenden Eltern wären bereit, einen jährlichen Selbstbehalt in der Höhe von € 650,00 pro Kind zu übernehmen, d.s. bei acht Kinder somit € 5.200,00. An die Gemeinde Brandenburg ergeht das Ansuchen um Kostenbeteiligung von € 5.000,00 pro Jahr. Somit wären diese jährlichen Kindergartentransporte auf der Strecke Aschau – Unterberg – Kindergarten mit Hin- und Rückfahrt in der Höhe von € 10.000,00 finanziert.

Herr Georg Haaser erläutert sein Angebot vom 14.9.2021 mit dem Km-Preis laut Schülerfreifahrten 2020 in der Höhe von € 1,42. Die Kindergartenkinder würden dabei auch vom Beförderer direkt in den Kindergartenraum begleitet und mittags auch wieder im Kindergartenraum abgeholt und nach Hause befördert.

Der als Zuhörer anwesende Herr Johannes Ampferer würde dies im Falle einer Auftragserteilung an Transporte Ampferer Johannes – d.h. z.B. teilweise Morgen- und Mittagsfahrten mit Kindergartenkinder - auch so abwickeln.

Bei der eingangs erwähnten Gemeindevorstandssitzung wurden verschiedene Varianten – Kilometergeld, Anpassung an den Dorftaxitarif – besprochen. Die Abwicklung über konzessionierte Beförderer und den Eltern, d.h. Gemeinde Brandenburg würde lediglich einen Gemeindezuschuss ohne Übernahme von Abwicklungstätigkeiten übernehmen, wurde ausführlich behandelt.

Bürgermeister Hannes Neuhauser bedauert auch, dass zwar für fünfjährige Kinder eine Kindergartenpflicht besteht, das Land Tirol jedoch für den Kindergartentransport keine finanzielle Unterstützung gewährt, da die Eltern für den Kindergartentransport allein zuständig sind.

Der Gemeindevorstand (Bürgermeister Hannes Neuhauser, Armin Mühlegger, Hannes Burgstaller als Ersatz; Bürgermeisterstellvertreter Georg Haaser stimmte wegen Befangenheit nicht mit) hat am 23.9.2021 einstimmig beschlossen, an den Gemeinderat nachfolgenden Vorschlag zu unterbreiten:

Die Gemeinde Brandenburg unterstützt die Kindergartenkinder, welche nördlich des Mühlbaches bzw. der Ache/Brugg wohnen – somit Ortsteile Oberberg, Unterberg, Pinegg, Aschau – mit einem jährlichen Betrag von € 150,00 pro Kind.

Der Gemeinderat ergänzt dazu, dass es sich dabei um Kindergartenkinder im Alter von vier bzw. fünf Jahren handelt. D.h. für jüngere Kindergartenkinder übernimmt die Gemeinde Brandenburg keine Beförderungskosten.

Bürgermeister Hannes Neuhauser plädiert für eine Gleichbehandlung aller betreffenden Kindergartenkinder ab 4 Jahren in der Gemeinde Brandenburg, d.h. aus allen Ortsteilen der Gemeinde.

Bürgermeisterstellvertreter Georg Haaser wirft ein, dass aufgrund der Kinderanzahl zukünftig dieser Transport mit einem Bus nicht mehr bewältigbar werden könnte. Er spricht sich auch für eine finanzielle Gemeindeunterstützung aus.

Gemeinderat Karl Kofler schlägt eine Obergrenze des Selbstbehaltes für die betroffenen Eltern mit monatlich ca. € 20,00 bis € 30,00 vor.

Gemeinderat Armin Mühlegger weist auf die grundsätzliche Festlegung der örtlichen Eingrenzung hin und dass dabei folgend im Jahr 2021/2022 ca. 12 Kinder einen solchen Gemeindeguss bekommen würden.

Bürgermeister Hannes Neuhauser ergänzt, dass diese Gemeindeunterstützung an alle dieser betroffenen Eltern gewährt werden sollte, unabhängig ob diese den Kindergartentransport an ein konzessioniertes Unternehmen vergeben, oder selbst übernehmen bzw. organisieren.

Gemeinderat Hannes Burgstaller ist überrascht, dass die betreffenden Eltern aus den Ortsteilen Aschau und Unterberg bereit wären, einen Selbstkostenanteil von € 650,00 pro Kind zu übernehmen, und möchte daher den Gemeindevorstandsbeschluss nochmals hinterfragen, ob die Gemeinde Brandenburg nicht doch einen höheren Zuschuss beschließen sollte.

Gemeinderat Patrick Ascher sagt, dass es der Gemeinde Brandenburg wert sein sollte, Brandenberger Jungfamilien beim Kindergartentransport zu unterstützen.

Gemeinderat Anton Hofer spricht sich auch für diese Gemeindeunterstützung an Jungfamilien aus, da ein verkehrssicherer Kindergartentransport zum Wohle der Gemeinde erfolgt.

Bürgermeister Hannes Neuhauser wiederholt seinen Wunsch, alle betroffenen Eltern diesbezüglich gleich zu behandeln und spricht sich auch für eine finanzielle Unterstützung aus. Dabei gibt er jedoch zu bedenken, dass die Gemeinde Brandenburg diese Ausgabe auf der anderen Seite wieder zu bedecken hat. Die Elternkostenbeiträge könnten auch ein Thema für einen zu gründenden Elternverein sein, er möchte das als Denkanstoß geben. Weiters sieht der Bürgermeister auch eine finanzielle Entlastung für Fahrgemeinschaften, wenn die Gemeinde diesbezüglich einen Zuschuss für entlegene Ortsteile zur Verfügung stellt.

Nach ausführlicher Beratung stellt Bürgermeister Hannes Neuhauser zum Tagesordnungspunkt Kindergartentransport Kostenbeitrag der Gemeinde folgenden Antrag:

Die Gemeinde Brandenburg übernimmt ab den Kindergartenjahr 2021/2022 einen jährlichen Unterstützungsbetrag von € 400,00 pro Kindergartenkind ab 4 Jahren, welches nördlich vom Mühlbach bzw. der Ache/Brugg wohnt – somit Ortsteile Oberberg, Unterberg, Pinegg, Aschau – für deren Beförderung zum und ab dem Kindergarten in Brandenburg (entweder durch konzessionierte Unternehmen, oder durch Fahrgemeinschaften bzw. durch Eigenbeförderung). Abwicklungsaufgaben übernimmt die Gemeinde Brandenburg jedoch keine.

Somit wird der Gemeindevorstandsbeschluss über € 150,00 nur zur Kenntnis, nicht jedoch angenommen.

Aufgrund von Befangenheit stimmt Bürgermeisterstellvertreter und zugleich Beförderer Georg Haaser nicht mit.

Von den verbleibenden 12 Gemeinderäten nehmen diesen Bürgermeierantrag 10 Gemeinderäte an, 2 lehnen den Antrag ab.

Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt 1 sagt der Bürgermeister, dass der Gemeindevorstand den Bauausschusstermin 6.10.2021 festgelegt und Personalangelegenheiten behandelt hat.

2. Beratung und Beschlussfassung Entnahme und Zuführung Betriebsmittelrücklage

Bürgermeister Hannes Neuhauser berichtet, dass im September 2021 vom Gemeindegussparbuch der Betriebsmittelrücklage eine weitere Entnahme in der Höhe von € 20.000,00 vorgenommen werden musste, um den laufenden Haushalt der Gemeinde zu bestreiten. Der momentane Stand dieser Rücklage beträgt € 1.735,76.

Da inzwischen wieder Landesgelder bei der Gemeinde eingelangt sind, sollte diese Betriebsmittelrücklage bis Jahresende 2021 wieder auf den Ursprungsbetrag von € 50.000,00 aufgefüllt werden.

Somit stellt der Bürgermeister den Antrag über die Beschlussfassung zur Betriebsmittelrücklagenentnahme von € 20.000,00 zur Finanzierung des laufenden Gemeindebetriebes. Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Als nächstes stellt er den Antrag, bis zum 31.12.2021 dieser Betriebsmittelrücklage wieder Gelder zuzuführen, damit am 31.12.2021 dieser Rücklagenstand mit € 50.000,00 wieder gegeben ist und im Bedarfsfall für den laufenden Gemeindebetrieb zur Verfügung steht. Auch diesem Antrag stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

3. Halbjahresbericht Wohn-/Pflegeheim Brandenburg

Bürgermeister Hannes Neuhauser legt dem Gemeinderat den von der Heimleitung Humanocare erstellten Halbjahresbericht zum Wohn-/Pflegeheim Brandenburg wie folgt vor:

Per 30.6.2021 jeweils:

Laut Budgetierung Abgang - € 84.250,00

Laut Actual Abgang - € 74.408,00

d.h. um € 9.842,00 weniger Abgang zum Halbjahr 2021 – unter Berücksichtigung von periodischen Abgrenzungen.

Dazu ergänzt er, dass die Gemeinde vom Land Tirol eine Covid-Refundierung in der Höhe von ca. € 62.500,00 für das Jahr 2020 erhalten hat.

Eine weitere für das erste Halbjahr 2021 hat die Heimleitung in der Höhe von ca. € 46.000,00 beantragt. Man hofft, dass auch davon ein Großteil das Land Tirol genehmigt und dadurch Mindereinnahmen aufgrund von covid-bedingten Minderbelegungen im Heim, bzw. Mehrausgaben aufgrund von Covid-Maßnahmen (wie z.B. Hygienemaßnahmen, Schutzausrüstung, Desinfektion und Reinigungsmaterial) abdeckt.

Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis (einstimmige Zustimmung).

4. Beratung und Beschlussfassung Flächenwidmungsplanänderung im Bereich GSt.Nr. 222/1 KG 83103 Brandenburg (Ascher/Ender) Arrondierungsfläche von Freiland in landwirtschaftliches Mischgebiet - Entwurfaufgabe und Zweitbeschluss

Bürgermeister Hannes Neuhauser zeigt diese Flächenwidmungsplanänderung vor und begründet diese damit, dass mit dem Grunderwerb aus GSt.Nr. 222/1 im Ausmaß von 115 m² die notwendigen Gebäudeabstände des Bestandsgebäudes auf GSt.Nr. 222/2 eingehalten werden können.

Als Bedingung zu dieser Widmung wird jedoch festgelegt, dass der Grundzukauf der Fläche von 115 m² auch tatsächlich erfolgt, d.h. diese Teilfläche dem GSt.Nr. 222/2 grundbücherlich zugeschrieben wird.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Brandenburg gemäß § 68 Abs. 3 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, idgF, den vom Planer AB Kotai Raumordnung ausgearbeiteten Entwurf

vom 16.9.2021, mit der Planungsnummer 504-2021-00008, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Brandenburg im Bereich 222/1 KG 83103 Brandenburg (zur Gänze/zum Teil) durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Brandenburg vor:

Umwidmung Grundstück 222/1 KG 83103 Brandenburg
rund 115 m² von Freiland § 41 in Landwirtschaftliches Mischgebiet § 40 (5).

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Als Bedingung zu dieser Widmung wird festgelegt, dass der Grundzukauf der Fläche von 115 m² auch tatsächlich erfolgt, d.h. diese Teilfläche dem GSt.Nr. 222/2 grundbücherlich zugeschrieben wird.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

5. Beratung und Beschlussfassung Flächenwidmungsplanänderung im Bereich der GSt.Nrn. 208 und 209/1 KG 83103 Brandenburg (Neuhauser Rupert) von Freiland in Sonderfläche sonstige land- oder forstwirtschaftliche Gebäude und Anlagen § 47 (Hackgut und Materiallager) – Entwurfsauflage und Zweitbeschluss

Auch diese Flächenwidmungsplanänderung wurde vom Raumplaner ausgearbeitet und vom Bürgermeister dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung nach Erläuterungen vorgelegt.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Brandenburg gemäß § 68 Abs. 3 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, idgF, den vom Planer AB Kotai Raumordnung ausgearbeiteten Entwurf vom 16.9.2021, mit der Planungsnummer 504-2021-00010, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Brandenburg im Bereich 208, 209/1 KG 83103 Brandenburg (zur Gänze/zum Teil) durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Brandenburg vor:

Umwidmung Grundstück 208 KG 83103 Brandenburg
rund 483 m² von Freiland § 41 in Sonderfläche sonstige land- oder forstwirtschaftliche Gebäude und Anlagen § 47, Festlegung Gebäudearten oder Nutzungen, Festlegung Zähler: 6, Festlegung Erläuterung: Hackgut und Materiallager

weitere Grundstück 209/1 KG 83103 Brandenburg
rund 254 m² von Freiland § 41 in Sonderfläche sonstige land- oder forstwirtschaftliche Gebäude und Anlagen § 47, Festlegung Gebäudearten oder Nutzungen, Festlegung Zähler: 6, Festlegung Erläuterung: Hackgut und Materiallager

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 6.1., 6.2. und 6.3. werden auf Antrag des Bürgermeisters jeweils einstimmig in diese Tagesordnung aufgenommen.

6.1. Beratung und Beschlussfassung Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Brandenburg im Bereich GSt.Nr. 1307/4 (neues Grundstück 1307/53) Ampferer Hubert/Pinegg KG 83103 Brandenburg von forstliche Freihaltefläche gem. § 27 Abs. 2 lit. i in sonstige Freihalteflächen § 31 Abs. 1 lit. a Lagerhalle für landwirtschaftliche Zwecke im Ausmaß von 514 m² - Entwurfauflage und Zweitbeschluss

6.2. Beratung und Beschlussfassung Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich GSt.Nr. 1307/4 (neues Grundstück 1307/53) Ampferer Hubert/Pinegg KG 83103 Brandenburg von Freiland in Sonderfläche sonstige land- oder forstwirtschaftliche Gebäude und Anlagen § 47, Zähler 12, Festlegung Gebäudearten oder Nutzungen, Geräteschuppen, Heu- und Strohlager im Ausmaß von 514 m² - Entwurfauflage und Zweitbeschluss

Der Gemeinderatsbeschluss vom 19.10.2020 TOP 4 Flächenwidmungsplanänderung im Bereich GSt.Nr. 1307/4 KG 83103 Brandenburg wurde der Aufsichtsbehörde beim Amt der Tiroler Landesregierung vorgelegt. Diese Prüfung hat jedoch ergeben, dass in diesem Widmungsbereich zuerst das Raumordnungskonzept der Gemeinde Brandenburg zu ändern ist und folgend der Widmungsbeschluss laut Tagesordnungspunkt 6.2. dieser Gemeinderatssitzung zu fassen ist (d.h. Präzisierung Widmungswortlaut, Nachreichung Stellungnahme Wildbachverbauung, welche mittlerweile vorliegt) – d.h. das gegenständliche Widmungsverfahren fortgeführt wird.

Dies erfolgte in Absprache des Raumplaners der Gemeinde Brandenburg mit der zuständigen Raumordnungsabteilung beim Amt der Tiroler Landesregierung.

Bürgermeister Hannes Neuhauser zeigt dem Gemeinderat die Unterlagen zu dieser Raumordnungskonzeptänderung, welche im öffentlichen Interesse ist.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Brandenburg gemäß § 67 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, den von AB Kotai Raumordnung ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Brandenburg vom 30.09.2021, Zl. ROK 09-2021, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes vor:

Pinegg, Hubert Ampferer, Tb. GSt.Nr. 1307/4 bzw. 1307/53 neu von forstliche Freihaltefläche gem. § 27 Abs. 2 lit. i in sonstige Freihaltefläche § 31 Abs. 1 lit. a mit der Nr. FS 03 Lagerhalle für landwirtschaftliche Zwecke, im Ausmaß von 514 m².

Gleichzeitig wird gemäß § 67 Abs. 1 lit. c TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Der Gemeinderat fasst diesen Beschluss einstimmig.

Folgend:

Der vom Gemeinderat der Gemeinde Brandenburg in seiner Sitzung vom 19.10.2020 beschlossene Entwurf der Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich 1307/4 KG 83103 Brandenburg (zur Gänze/zum Teil) ist durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Brandenburg gemäß § 68 Abs. 3 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, den vom Planer AB Kotai Raumordnung geänderten Entwurf vom 30.9.2021, mit der Planungsnummer 504-2021-00012, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Brandenburg im Bereich 1307/4 KG 83103 Brandenburg (zur Gänze/zum Teil) durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Brandenburg vor:

*Umwidmung Grundstück 1307/4 KG 83103 Brandenburg
rund 514 m² von Freiland § 41 in Sonderfläche sonstige land- oder forstwirtschaftliche Gebäude und Anlagen § 47, Festlegung Gebäudearten oder Nutzungen,
Festlegung Zähler: 12, Festlegung Erläuterung: Geräteschuppen, Heu- und Strohlager*

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Der Gemeinderat fasst auch diesen Beschluss einstimmig.

6.3. Beratung und Beschlussfassung Haftungsübernahme zur Schilift Gemeinde Brandenburg KG

Am 23.11.2020 hat die Gemeinde Brandenburg die Haftungsübernahme zur Schilift Gemeinde Brandenburg KG betreffend dem Kontokorrentkredit bei der Raiffeisen Bezirksbank Kufstein über € 400.000,00 beschlossen.

Wie dem Gemeinderat bekannt ist, wurde dieser Kontokorrentkredit von der Schilift Gemeinde Brandenburg fast zur Gänze rückbezahlt.

Der Geschäftsführer der Schilift KG hat mit dem Bankstellenleiter der Raiffeisen Bezirksbank Kufstein Bankstelle Brandenburg Kontakt aufgenommen und ersucht, dass der Ende Oktober 2021 auslaufende Kontokorrentkredit für die Zwischenfinanzierung der Schilift Gemeinde Brandenburg KG mit einem Betrag von € 10.000,00 (Euro zehntausend) als Betriebsmittel-Kontokorrentkredit bis Ende September 2022 weiterlaufen soll, um Spielraum für die laufenden Zahlungen während der Saison zu haben. Die Raiffeisenbank Brandenburg würde diesen Kredit zu den bisherigen Konditionen mit dem Zinssatz 0,6 %, ohne Bearbeitungsgebühr, ohne Rahmenprovision, mit Haftungsübernahme der Gemeinde Brandenburg als Besicherung, verlängern.

Dazu schickt der Bürgermeister voraus, dass die Gemeinde Brandenburg ab dem Voranschlag 2022 für den laufenden Schiliftbetrieb mehr Gelder veranschlagen wird als in den vergangenen Jahren.

Bürgermeister Hannes Neuhauser stellt den Antrag, die Haftung zum Kontokorrentkredit über € 10.000,00 (Euro zehntausend) der Schilift Gemeinde Brandenburg KG bis zum 30.9.2022 beim Darlehensgeber Raiffeisenbezirksbank Bankstelle Brandenburg zum Zinssatz 0,6 %, ohne Bearbeitungsgebühr und ohne Rahmenprovision zu übernehmen. Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

6.4. Weitere Besprechungspunkte

Bürgermeister Hannes Neuhauser informiert von den ab 2022 geänderten **Bedarfszuweisungsabwicklungen**, d.h. die bisherige Form der Anmeldung von Bedarfszuweisungen beim Gemeindeausgleichsfonds gibt es nicht mehr.

Die bereits schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen – wie z.B. für die nächstes Jahr für die Brandenberger Feuerwehr bevorstehende Fahrzeuganschaffung, bzw. die genehmigten allgemeinen Straßenbaugelder – bleiben aufrecht.

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat vom diesbezüglichen Informationsschreiben des zuständigen Landesrates, bei welchem er Mitte Oktober 2021 einen Besprechungstermin erwirken konnte. Dabei wird der Bürgermeister versuchen, zum geplanten Gemeindevorhaben Erweiterung Wasserhochbehälter „Lechen“ für das Jahr 2022 Bedarfszuweisungen zu bekommen.

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

6.5. Zufahrt Sportplatz Brandenburg

Vizebürgermeister Georg Haaser fragt den Bürgermeister über den derzeitigen Stand. Bürgermeister Hannes Neuhauser gefällt diese unbefriedigende Situation der Zufahrtsregelung zum Sportplatz bzw. zum Sportvereinsheim der Gemeinde Brandenburg auch nicht und strebt eine Lösungsfindung nach wie vor an.

Der nachfolgende Punkt wird auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

7. Personalangelegenheiten

Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung des **Beschäftigungsausmaßes** bei der **Finanzverwalterin** Petra Hausberger.

Der Gemeinderat beschließt die Reduzierung des **Beschäftigungsausmaßes** bei der **Pflegeassistentin** Sabrina Selak.

Der Gemeinderat beschließt die **Anstellung** von Frau Anna Katharina Spiss als vollbeschäftigte **Pflegeassistentin** im Heim Brandenburg.

Weiters fasst der Gemeinderat den Beschluss, aufgrund der Personalsituation im Heim Brandenburg die Anstellung von **Pflegepersonal** in Rücksprache mit der Heimleitung dauernd auf der Homepage **ausgeschrieben** zu belassen.

g.g.g.
Schriftführer
Gerhard Ampferer